

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 35 (2016)
Heft: 68

Artikel: Start-up-City : wie die neoliberale Utopie der Modellstädte in Honduras Fuss fasst
Autor: Heuwieser, Magdalena / Lochte, Paula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-780970>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Start-up-City

Wie die neoliberale Utopie der Modellstädte in Honduras Fuss fasst

«I think what is unusual about a Startup City, as opposed to an existing city, is that you can propose something new without having to go through a long process of consultation and agreement amongst the people that might be affected by a change, one that would inevitably mean that a change that some people do not want is imposed on them. With a Startup City, you can propose something entirely new and let people choose whether they want to live under its rules [...]. People who want to try the reform can go there, and people who don't, they don't have to. With a startup, you can have reform without coercion.»

Paul Romer (2015)

Die Idee der «charter cities», zu Deutsch «Modellstädte», kommt aus einer extremen Richtung des Neoliberalismus und geht zurück auf den US-amerikanischen Ökonomen Paul Romer, der seit Juli 2016 Chefökonom der Weltbank ist. Es handelt sich dabei nicht um eine Stadt, die neoliberal umstrukturiert wird, sondern um die Errichtung neuer Städte oder spezieller Zonen mit eigener «charter»: einer eigenen Verfassung, welche perfekte Bedingungen für den «freien» Wettbewerb schafft. Letztendlich geht es Romer um ein neues Entwicklungsmodell zur Armutsbekämpfung, das bei BefürworterInnen einer profitorientierten Entwicklungszusammenarbeit auf zunehmendes Interesse stösst.

Im krisengeschüttelten Honduras, wo ein Putsch im Jahr 2009 eine wirtschaftsliberale Regierung zurück an die Macht gebracht hatte, fand die Idee der Modellstädte fruchtbaren Boden. Seit mehreren Jahren wird an der Umsetzung der per Gesetz gegründeten «Zonen der Beschäftigung und wirtschaftlichen Entwicklung» gearbeitet. Laut offizieller Definition handelt es sich dabei um «neue administrative Einheiten der Republik Honduras, die der Zentralregierung unterstehen und mit weitreichender Autonomie, eigenen Politik-, Administrations-, Wirtschafts- und Justizsystemen

ausgestattet sind sowie mit klaren Marktregeln, die ein hohes Mass an Wettbewerb ermöglichen» (Zede 2016, Übers. d. Verf.).

Den extraterritorialen Zonen steht ein internationales ExpertInnen-gremium vor, bestehend aus bekannten neoliberalen Grössen aus dem Umfeld des ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan, des österreichischen Hayek-Instituts und der Mont Pèlerin Society (Dekret Nr. 368-2014). Sollte diese ultraneoliberale Stadt zum Modell werden, könnte dies weltweit demokratische Errungenschaften und Rechte infrage stellen. In Honduras kritisieren vor allem indigene und afrohonduranische Bewegungen den neokolonialen Charakter des Projekts.

Von den Sonderwirtschaftszonen zur Modellstadt

Die neoliberale Theorie in ihrer Reinform umzusetzen ist eine seit Jahrzehnten verfolgte «Utopie». Armut und Krisenanfälligkeit des aktuellen Wirtschaftssystems werden im neoliberalen Denken damit erklärt, dass der Staat seine Finger zu sehr im Spiel habe. Demgegenüber soll das Prinzip des Laissez-faire und das Primat des «freien» Wettbewerbs auf alle gesellschaftlichen Sphären ausgedehnt werden (Harvey 2007, 8).

Paul Romer hat lange nach einem willigen «Entwicklungsland» gesucht, um seine Idee umzusetzen. Ein ausführlicher Artikel in der *Zeit* berichtet, wie Romer 2008 in Madagaskar fündig wurde. Als die Opposition von den Plänen des Präsidenten Marc Ravalomanana erfuhr, zwei Flächen für Modellstädte preiszugeben, regten sich Proteste. Kurz darauf schritt das made-gassische Militär ein und putschte 2009 den Präsidenten aus dem Amt (Berbner 2013). In Honduras verhielt es sich umgekehrt. Dort hatte 2009 ein Putsch den linksprogressiven Plänen des Präsidenten Manuel Zelaya ein Ende gesetzt. Trotz monatelanger Proteste und Streiks grosser Teile der Bevölkerung setzte sich die liberale Wirtschaftselite durch und legitimierte sich auch international durch Neuwahlen – die jedoch von der Widerstandsbewegung boykottiert wurden (Heuwieser 2015, 58ff.). Die neue Regierung erklärte Honduras unter dem Motto «Honduras is open for business» zum investitionsfreundlichsten Land Lateinamerikas (Kerssen 2013, 60) und begann im Jahr 2010 Gespräche mit Paul Romer. Sein Modellstadt-Plan versprach einen Weg aus der Armut, neue Arbeitsplätze, Sicherheit, eine Alternative zur Emigration und landesweite Entwicklung (Romer 2009). Honduras bot sich für dieses Experiment geradezu an – 63 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze (Weltbank 2014).

Das Konzept der Modellstädte ist weitaus umfassender als das der bereits existierenden Sonderwirtschaftszonen. Schon in den 1970er-Jahren richtete Honduras diese Sonderwirtschaftszonen für den Aufbau der

Maquila-Industrie ein. Maquilas werden für die am wenigsten Mehrwert generierenden Arbeitsschritte innerhalb der globalen Produktionsketten verwendet, etwa für das Zusammennähen von Kleidungsteilen. Die von ausländischen Firmen betriebenen Weltmarktfabriken bleiben in den Sonderwirtschaftszonen steuerfrei, Rohstoffe dürfen zollfrei importiert werden. Zwar schaffen sie (prekäre) Arbeitsplätze, doch der Aufbau eigenständiger Wirtschaftszweige und die Verringerung der Schere zwischen Arm und Reich werden dadurch nicht erreicht. Im Gegenteil wird die Abhängigkeit von ausländischen Investitionen verstärkt und der internationale Wettbewerb um möglichst günstige Standortvorteile verschärft, beispielsweise durch geringe Löhne und Umweltstandards (Barahona 2009, 286; Engmann 2011; Terre des Hommes u. a. 2010).

Projektdurchsetzung – eine Chronik

Die Gespräche rund um die honduranischen Modellstädte wurden schnell konkret. Auf einer «marginalen» und «unbewohnten» Fläche von rund 1000 Quadratkilometern sollte eine extraterritoriale Stadt mit eigenen Normen und Institutionen aus dem Boden gestampft werden (Berbner 2013). Schon im Januar 2011 autorisierte die honduranische Regierung mithilfe einer Verfassungsänderung die Einführung von Modellstädten unter dem Namen «Spezielle Entwicklungsregionen» (span.: Regiones Especiales de Desarrollo, RED). 2012 erfuhr man durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen Regierung und dem interessierten Investor Michael Strong, wo dieser seine Stadt plante: an der Karibikküste, von der Bahía de Trujillo bis zum Fluss Sico. Keineswegs eine «unbewohnte» Region, hier leben 24 afrohonduranische Garífuna-Gemeinden, die wegen fehlender Landtitel immer wieder von Räumungen bedroht waren (ODHPINH 2014, 9). Nicht nur von indigener und afrohonduranischer Seite regte sich Protest. Viele Organisationen aus der Widerstandsbewegung gegen den Putsch stellten sich gegen diesen «Ausverkauf des Landes». Nach wöchentlichen Kundgebungen, 12 000 eingereichten Unterschriften, knapp siebzig Verfassungsklagen und weiteren Klagen wegen Landesverrats gegen den Präsidenten und Kongressabgeordnete erklärte die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs die Modellstädte im Oktober 2012 für verfassungswidrig (Interview 1; Trucchi 2012). Die partielle Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte sowie die Unterwanderung der demokratischen Regierungsform widersprachen unabänderlichen Teilen der honduranischen Verfassung. Die legislative, exekutive und juristische Parallelstruktur der Modellstädte war illegal.

Nur zwei Monate später setzte der Kongress mit einem juristischen Putsch diejenigen vier der insgesamt fünf VerfassungsrichterInnen ab,

welche sich gegen die Modellstädte ausgesprochen hatten (National Lawyers Guild 2014, 7). Schon am 23. Januar 2013 brachte der Kongress die Sonderregionen über eine Verfassungsänderung zurück auf die Tagesordnung, dieses Mal unter dem Namen «Zonen der Beschäftigung und wirtschaftlichen Entwicklung» (span.: Zonas de Empleo y Desarrollo Económico, Zede). Das dazugehörige Zede-Gesetz (Dekret Nr. 120-2013) verabschiedete der Kongress am 6. September 2013. Die dutzenden Klagen wegen Verfassungswidrigkeit blieben dieses Mal ohne Erfolg (Peralta 2014).

Der honduranische Staat wählte jedoch den Weg des geringsten Widerstandes, denn Proteste sind schlecht fürs Geschäft: Statt die Modellstädte wie zunächst geplant an der Atlantikküste in Garífuna-Gemeinden zu errichten, soll die erste Zede nun an der Pazifikküste im Süden von Honduras entstehen. In dem die Kommunen Amapala, Alianza und Nacaome umfassenden Gebiet sollen sich ein Tiefseehafen, ein Logistikzentrum und ein Agrarunternehmen ansiedeln. Posco Plantec, viertgrösster Stahlerzeuger weltweit und wegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen wiederholt in der Kritik (OHCHR 2013), erstellte im Auftrag der südkoreanischen Entwicklungsagentur Koica eine Machbarkeitsstudie für das Hafenprojekt (Lenz/Ruchlak 2015). Aktuell führt der honduranische Präsident mit drei noch unter Verschluss gehaltenen Unternehmen aus Taiwan und den USA Gespräche, die er bis Ende 2016 zum Abschluss bringen will.

Demokratiedefizit der Zede

Nicht nur der Durchsetzungsprozess der Modellstädte, auch das angestrebte politische System ist demokratisch zweifelhaft. Selbst Paul Romer distanzierte sich im Jahr 2012 von den Entwicklungen in Honduras. Sein theoretisches Projekt war an der Realpolitik und den Interessen des Investors Michael Strong gescheitert. Romer, dessen Theorie Machtverhältnisse komplett unberücksichtigt lässt, biss sich letztendlich an ebendiesen die Zähne aus. Doch dies hält ihn nicht davon ab, fortwährend nach neuen Orten zu suchen, um seine Idee umzusetzen.

In Honduras radikalisierte sich das Modellstadt-Projekt ohne Romer. Aus den Plänen verschwand beispielsweise die vorgesehene Transparenzkommission ebenso wie die Beschränkung auf (scheinbar) unbewohnte Gebiete (National Lawyers Guild 2014, 8; Berbner 2013). In Romers (2009) Vision übernehmen Industriestaaten auf Zeit die auf Verwaltung reduzierte politische und juristische Gestaltung, bis demokratische Regierungs- und Justizformen geschaffen sind. Bei den Zede ist hingegen kein Übergang zu demokratischen Institutionen vorgesehen. Sie sollen stattdessen permanent von einem 21-köpfigen «Komitee zur Annahme von Best Practices»,

kurz Camp, regiert werden, das nicht von den EinwohnerInnen gewählt wird. Die Camp-Mitglieder wurden vom honduranischen Präsidenten ausgewählt und vom Kongress nur bestätigt – eine Machtverschiebung in Richtung Exekutive. Danach wird das Camp zum Selbstläufer, denn die Mitglieder besetzen frei werdende Posten eigenständig. Das im Februar 2014 ernannte Camp besteht überwiegend aus ausländischen, neoliberal gesinnten Persönlichkeiten wie dem Sohn des ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan, der Generalsekretärin des Hayek-Instituts, Mitgliedern der Mont Pèlerin Society, dem honduranischen Ex-Präsidenten Ricardo Maduro oder dem ehemaligen Redenschreiber von Ronald Reagan und George H. W. Bush, Mark Klugmann (Dekret Nr. 368-2014; Suazo 2014). Es besteht kein Verbot für Camp-Mitglieder, selbst in die Zede zu investieren oder persönliche Beziehungen zu InvestorInnen zu unterhalten.

Auch Gewaltenteilung ist nicht vorgesehen: Das Camp übernimmt exekutive, legislative und judikative Aufgaben. Es hat die Kompetenz, die normativen Grundsätze festzulegen und die technischen SekretärInnen, ebenfalls nicht gewählte StatthalterInnen der einzelnen Zede, ein- sowie abzusetzen und deren Entscheidungen zu genehmigen oder zu korrigieren (Zede-Gesetz 2013, Art. 11f.). Das Komitee schlägt zudem die RichterInnen der Zede vor, die durch private Schiedsgerichte ergänzt werden. Für die Einhaltung der Gesetze und für die Strafverfolgung sollen private Sicherheitsfirmen sorgen (Zede-Gesetz 2013, Art. 11, 16, 20 und 22).

Die Zede dürfen eigene Steuern erheben und weitgehend autonom über ihren Etat entscheiden. Festgeschrieben ist nur, dass zwölf Prozent der Einnahmen zu gleichen Teilen in folgende Bereiche fließen müssen: die Zede-Judikative, Gemeinde-, Entwicklungs- sowie Infrastrukturprojekte des honduranischen Staates und die finanzielle Unterstützung des honduranischen Militärs (Zede-Gesetz 2013, Art. 44). Zu bedenken ist, was die Stärkung des Militärs in einem Land bedeutet, in welchem der letzte zivil-militärische Putsch erst wenige Jahre zurückliegt und Soldaten wiederholt in Hass- und politische Gewaltverbrechen verwickelt sind (Amnesty International 2015).

In den Zede gelten die Prinzipien des Freihandels und des «freien» Marktes. Die Zede agieren wirtschaftspolitisch autonom, einschliesslich der Währungs- und Handelspolitik. So haben sie etwa das Recht, in Umgehung honduranischer Einfuhrzölle auch langfristige Handelsabkommen und -verträge mit anderen Ländern abzuschliessen, und verpflichten sich zu Tiefststeuersätzen von maximal 12 Prozent Einkommensteuer für Privatpersonen, 16 Prozent für Unternehmen sowie maximal 5 Prozent Mehrwertsteuer (Zede-Gesetz 2013, Art. 4 und 29ff.).

All dies kann dazu führen, dass neue Direktinvestitionen nur noch in die Zede geleitet und bereits bestehende Wirtschaftsbereiche in diese verlagert

werden. Eine erfolgreiche Entwicklung dieser Modellstadt-Zonen könnte dem honduranischen Staat demnach existenzielle wirtschaftliche Grundlagen entziehen.

Market Citizenship

Die Modellstädte sollen der lokalen Bevölkerung Arbeit verschaffen: Durch Quoten und Sonderregelungen wird verhindert, dass die Unternehmen mehrheitlich ausländische Arbeitskräfte beschäftigen (Zede-Gesetz 2013, Art. 36). Fragwürdig bleiben jedoch die Arbeitsbedingungen, insbesondere angesichts der fehlenden Möglichkeiten der BewohnerInnen, die Modellstadt politisch mitzugestalten.

Besorgt stimmt, dass die Modellstädte laut Gesetz «ihre eigenen Bildungs-, Gesundheits-, Sozialversicherungs- und Wissenschaftsförderungssysteme einrichten *dürfen*», ebenso wie sie Gewissens-, Religions- und Versammlungsfreiheit «garantieren *dürfen*» (Zede-Gesetz 2013, Art. 33, Übers. und Herv. der Verf.). Strukturen der Daseinsvorsorge – darunter Krankenhäuser, Schulen und soziale Sicherungssysteme – gibt es in den Zede also nur, sofern sie marktwirtschaftlich rentabel sind. Sie werden vollständig privatisiert und über Gebühren finanziert (Zede-Gesetz 2013, Art. 4 und 33). Notfalls könnten die Kirchen einspringen, schlägt der Investor Michael Strong vor (Lenz/Ruchlak 2015). Strong ist auch Autor eines Buches mit dem vielsagenden Titel: *Be the Solution. How Entrepreneurs and Conscious Capitalists Can Solve All the World's Problems*.

Die Überhöhung des «freien» Marktes zum allgemeingültigen Prinzip führt zu einem «Regime der Market Citizenship» (Roberts 2013, 24), das Ungleichheiten ignoriert und damit perpetuiert. Angeblich technisch, neutral und unpolitisch funktionierende Konkurrenzmärkte werden zum Garanten für Freiheit und Wohlbefinden aller stilisiert. Eigennutz dient nach dieser Vorstellung dem Gemeinwohl (ebd., 23). Mit dem Ziel der Investitionsförderung wird in den Modellstädten auf staatliche Kontrolle und demokratische Einflussnahme verzichtet. Rechenschaftspflicht, Selbst- und Mitbestimmung gelten als überflüssig. Der einzige festgeschriebene periodische Kontrollmechanismus ist die jährliche Begutachtung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Zede-Gesetz 2013, Art. 13). Vanessa Watson (2013, 227), südafrikanische Professorin für Stadtplanung, warnt: «This scenario suggests a radical carving up of urban territories and populations according to income, but with satellite city occupants subject to a governance regime entirely driven by market principles. A further and most obvious set of impacts relates to the removal of less powerful actors who are occupying land earmarked for urban renewal and extension.»

Die Modellstädte basieren auf einem Paradox. Zwar fordern neoliberale

TheoretikerInnen einen «schlanken» Staat, bei der Durchsetzung ihrer Paradigmen rekurren sie jedoch auf einen autoritären und militarisierten *starken* Staat. Was für die Chicago Boys das diktatorische Chile war, ist für die neoliberalen Ultras heute das Post-Putsch-Honduras. Vorherrschender Legitimationsversuch für die fehlende Demokratie ist das Argument, dass niemand gezwungen werde, in einer Modellstadt zu leben: Man habe die freie Wahl, dort hin- oder wieder wegzuziehen (Romer 2009; Zede-Gesetz 2013, Art. 10). Dies jedoch reduziert Freiheit – immerhin namensgebendes Konzept des (Neo-)Liberalismus – auf die Handlungsmacht von (ökonomischen) Eliten, während für die grosse Mehrheit nur noch die Wahl zwischen zwei oder mehreren Übeln bleibt.

Tabula rasa – auf belebtem Territorium

Der Grundgedanke der Modellstädte ist, bei null anzufangen, Tabula rasa zu machen. Die Idee basiert auf der These, man könne der Gewalt, den Drogenkonflikten und der Korruption den Rücken kehren und in einem geschichtslosen menschenleeren Vakuum, auf einem bisher ungenutzten Gebiet von vorne anfangen. Die weiterhin existierenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten und Machtverhältnisse werden dabei nicht nur ignoriert – vielmehr sind sie Voraussetzung für die Modellstadt. Denn diese soll von reichen Ländern oder MillionärInnen gesponsert werden und transnationalen Konzernen eine Heimat bieten.

Doch der Glaube an die Existenz ungenutzter, «marginaler» Territorien hat sich als Illusion herausgestellt. Häufig handelt es sich bei diesen um indigene Territorien oder Flächen, die auf extensive Weise von ländlichen Gemeinden genutzt werden. Dies ist auch für die bisher vorgesehenen Zede-Flächen der Fall: Die Karibikküste ist angestammtes Siedlungsgebiet der afrohonduranischen Garífunas und in der Region rund um den Golf von Fonseca tobt seit zehn Jahren ein blutiger Landkonflikt. Eben diese Regionen werden im Zede-Gesetz als «dünn besiedelt» klassifiziert. Denn nur in «dicht besiedelten» Gebieten (über 35 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer) müssen laut Zede-Gesetz Referenden über die Errichtung einer Modellstadt abgehalten werden. Zwar sind die Modellstadt-Behörden gesetzlich zur Achtung der territorialen Rechte indigener und afrohonduranischer Gemeinschaften verpflichtet, sofern diese über offizielle Landtitel verfügen (Zede-Gesetz 2013, Art. 38f.). Doch besitzen nur etwa zehn Prozent entsprechende Titulierungen (KIVLAK/GIZ 2010, 6) und die vorgeschriebenen Entschädigungen für das entstehende «high-value urban land» (Watson 2013, 227) orientieren sich an der Höhe des Marktpreises vergleichbarer Güter *ausserhalb* der Modellstadt und sind dadurch entsprechend niedrig (Zede-Gesetz 2013, Art. 25 und 27).

Die von der Errichtung der Modellstädte betroffene Bevölkerung nicht zu konsultieren, verletzt nicht nur grundlegende Bürgerrechte, sondern auch internationales Völkerrecht: Indigene Gemeinschaften haben bei allen sie betreffenden Vorhaben das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung respektive Konsultation (ILO 1989). Indigene und afrohonduranische Bewegungen wie Ofraneh (ofraneh.org) und Copinh (copinhonduras.blogspot.co.at) leisteten daher von Beginn an Widerstand gegen das Zede-Gesetz und die neokoloniale Behauptung der Existenz «marginaler» Flächen. So mögen Ländereien von aussen betrachtet als ungenutztes Brachland erscheinen, während sie jedoch im Sinne traditioneller Brachenkultur nur ruhen, bis sie ihre Nährstoffe auf natürliche Weise zurückerlangt haben, damit sie im Anschluss wieder für die Landwirtschaft genutzt werden können. Doch weder die Stimmen noch die sozioökonomischen Entwürfe indigener, afrohonduranischer und kleinbäuerlicher Gemeinden werden ernst genommen. Selbstversorgung, Gemeingüter oder die Vorstellung, dass Land mehr sein kann, als ein Produktionsfaktor, eine Ware oder eine Fläche, haben im neoliberalen Weltbild keinen Platz. Unter dem Schlagwort «Territorium» versuchen Widerstandsbewegungen eine Gegenperspektive zu formulieren: Bertha Cáceres, langjährige indigene Menschenrechtlerin und Leiterin der Organisation Copinh, erklärt: «Territorium meint den ganzen Raum der Identität, der Spiritualität, der Kultur, des Zusammenlebens mit den anderen Lebewesen.» (Interview 2) Die Verteidigung ihres indigenen Territoriums vor einem Staudammprojekt musste Cáceres teuer bezahlen: Im März 2016 wurde sie ermordet, der Verdacht auf direkte Beteiligung der Staudammfirma und des Militärs scheint sich zu bestätigen (Dreissig 2016). Politische Morde und Menschenrechtsverletzungen haben in Honduras seit dem Putsch 2009 stark zugenommen, insbesondere in Zusammenhang mit Landkonflikten (CIDH 2015; Comisión de Verdad 2012). Die Modellstädte könnten sich so in Honduras zu einem neuen Typus von Land Grabbing entwickeln (Heuwieser 2015, 95).

Ausblick

Das Zede-Gesetz ermöglicht nicht nur den Bau von Städten, sondern von Zonen unterschiedlichen Typs, die über das ganze Land verteilt sein können. Diese haben nicht zwingend urbanen Charakter, die Bezeichnung *Modellstadt* ist hier irreführend. Explizit vorgesehen sind die Wirtschaftsbereiche Bergbau, Agrarindustrie, Tourismus, erneuerbare Energien und Forstwirtschaft, die Errichtung von (inter)nationalen Finanz- sowie Logistikzentren, Handelsgerichten, speziellen Investitionsdistrikten und Sonderrechtszonen – oder auch «jedes andere Sonderregime, das in diesem Artikel nicht erwähnt

ist oder eine Kombination dieser Regimes beinhaltet» (Zede-Gesetz 2013, Art. 2, Übers. der Verf.). Laut dem Anwalt Fredin Funes (Interview 1) stellen diese neuen Varianten eine Verschärfung dar, weil sie diversifiziertere Möglichkeiten der Landaneignung schaffen als ursprünglich geplant. Standorte bereits bestehender Grossprojekte wie Staudämme, Agrarindustrie oder Maquilas könnten nachträglich in Zede umgewandelt werden, um den nationalen Regulierungen durch Arbeits- und Umweltrechte auszuweichen und um Gewinne direkt abschöpfen zu können.

Für die aktuell auftretende Neoliberalisierung der Entwicklungszusammenarbeit stellen die Modellstädte eine willkommene Möglichkeit für rentable Armutsbekämpfung dar: So können die bedürftigen Menschen genutzt werden, um Gewinn zu erwirtschaften, während ihnen sämtliche Grund- und Mitspracherechte entzogen werden. Die Modellstädte könnten sich weltweit zum Prototyp einer Gesellschaft entwickeln, in der alles, von der Ökonomie über Gesundheitswesen bis zur Politik, rein marktwirtschaftlichen Imperativen folgt.

Bisher jedoch scheinen Modellstädte nicht den erwarteten Erfolg zu haben. Paul Romer scheiterte mit seinen bisherigen Umsetzungsversuchen. In Honduras stockt das Projekt seit Mitte 2014. Der für Modellstädte zuständige Regierungsberater, der Ex-Militärchef René Osorio Canales, meint, einen Grund für die Verzögerungen gefunden zu haben (El Heraldo 2016): Schuld sei das schlechte Image des Landes durch die «Menschenrechtspropaganda».

Literatur

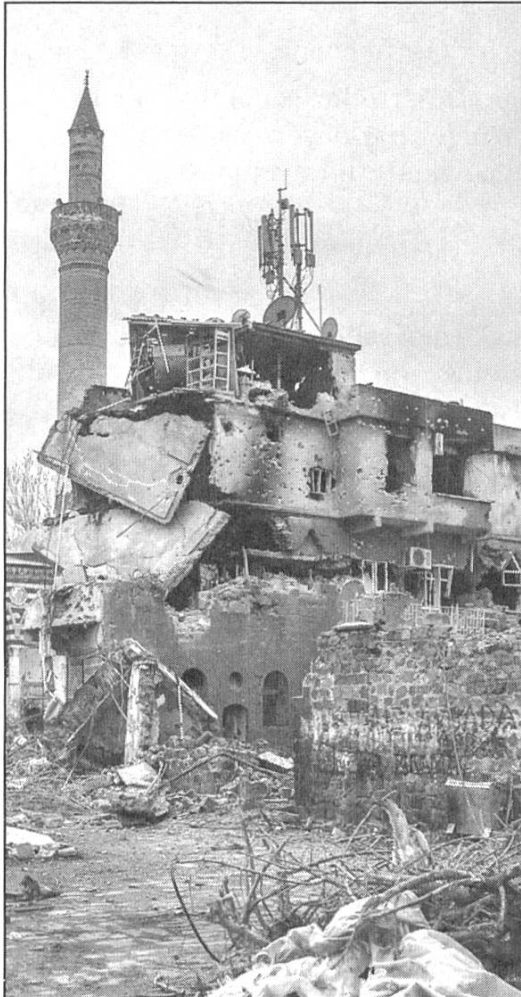
- Amnesty International, 2015: Report Honduras. www.amnesty.de/jahresbericht/2015/honduras (Abfrage 30.8.2016)
- Barahona, Marvin, 2009: Honduras en el siglo XX. Una síntesis histórica. Tegucigalpa
- Berbnner, Bastian, 2013: Honduras: Der Neustart. In: Die Zeit, 31.10. www.zeit.de/2013/45/honduras-armut-experiment (Abfrage 30.8.2016)
- CIDH – Comisión Interamericana de Derechos Humanos, 2015: Situación de derechos humanos en Honduras. www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/Honduras-es-2015.pdf (Abfrage 15.9.2016)
- Comisión de Verdad, 2012: Informe de la Comisión de Verdad. Tegucigalpa. www.comisiondeverdadhonduras.org/?q=node/75 (Abfrage 15.9.2016)
- Dekret Nr. 368, 2014: Ratificar el Acuerdo Ejecutivo 003-2014. www.tsc.gob.hn/biblioteca/index.php/vari0s/536-ratificar-el-acuerdo-ejecutivo-003-2014-sobre-las-zonas-de-empleo-y-desarrollo-economico-zede (Abfrage 5.8.2016)
- Dreissig, Daniela, 2016: Sechste Festnahme im Mordfall Berta Cáceres in Honduras. amerika21.de/2016/09/159890/honduras-berta-caceres-mord (Abfrage 12.9.2016)

- El Heraldo, 2016: Tres empresas inician gestiones para hacer inversiones en Zede. www.elheraldo.hn/pais/987678-466/tres-empresas-inician-gestiones-para-hacer-inversiones-en-zede (Abfrage 5.10.2016)
- Engman, Michael, 2011: Success and Stasis in Honduras' Free Zones. In: Farole, Thomas/ Akinci, Gokhan (Hg.): Special Economic Zones. Progress, Emerging Challenges, and Future Directions. Washington, 47–68
- Harvey, David, 2007: Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich
- Heuwieser, Magdalena, 2015: Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons. Wien
- ILO – Internationale Arbeitsorganisation, 1989: Indigenous and Tribal Peoples Convention, Nr. 169. www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO::P12100_ILO_CODE:C169 (Abfrage 30.8.2016)
- Kerssen, Tanya, 2013: Grabbing Power. The New Struggles for Land, Food and Democracy in Northern Honduras. Oakland
- KIVLAK/GIZ – Koordinationsstelle Indigene Völker in Lateinamerika und der Karibik/ Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, 2010: Länderpapier: Indigene Völker in Honduras. www.giz.de/fachexpertise/downloads/giz2010-de-laenderpapier-honduras.pdf (Abfrage 30.8.2016)
- Lenz, Carsten/Ruchlak, Nicole, 2015: Honduras als Experimentierfeld neoliberaler Utopien. Erstveröffentlichung in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11. hondurasdelegation.blogspot.com.es/2016/01/charter-cities-honduras-als.html (Abfrage 30.8.2016)
- National Lawyers Guild, 2014: Report of the National Lawyers Guild Delegation. Investigation of Zones for Economic Development and Employment in Honduras. www.nlg-international.org/report/Final_NLG_ZEDE_Report.pdf (Abfrage 8.9.2016)
- ODHPINH – Menschenrechts-Observatorium der Indigenen und Schwarzen Völker von Honduras, 2014: Análisis de las violaciones a los derechos humanos de los pueblos indígenas de Honduras. Reporte para EPU. Erhalten am 17.9.2014 von der Honduras-Delegation (hondurasdelegation.blogspot.ch)
- OHCHR – Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UNO, 2013: India: Urgent call to halt Odisha mega-steel project amid serious human rights concerns. www.indiaenvironmentportal.org.in/content/382120/urgent-call-by-un-to-halt-odisha-mega-steel-project-amid-serious-human-rights-concerns (Abfrage 30.8.2016)
- Peralta, Adriana, 2014: Honduran Supreme Court Rejected Claims of ZEDE Unconstitutionality. panampost.com/adriana-peralta/2014/06/21/honduran-supreme-court-rejects-claims-of-zede-unconstitutionality (Abfrage 8.9.2016)
- Roberts, Adrienne, 2013: Financing Social Reproduction: The Gendered Relations of Debt and Mortgage Finance in Twenty-first-century America. In: New Political Economy, 18(1), 21–42
- Romer, Paul, 2009: Why the world needs charter cities. www.ted.com/talks/paul_romer/transcript (Abfrage 30.8.2016)
- Romer, Paul, 2015: Interview on Urbanization, Charter Cities and Growth Theory. paulromer.net/tag/charter-cities (Abfrage 1.9.2016)
- Suazo, Javier, 2014: Las Zede: Un paraíso fiscal excluyente. In: ALAI – América Latina en Movimiento, 25.6. www.alainet.org/active/74868 (Abfrage 30.8.2016)

- Terre des Hommes/DGB Bildungswerk BUND/Global Policy Forum Europe (Hg.), 2010: Sonderwirtschaftszonen – Entwicklungsmotoren oder teure Auslaufmodelle der Globalisierung? www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/04_Was_wir_tun/Themen/Entwicklungspolitik_und_Kinder/Materialien_zum_Download/Sonderwirtschaftszonen.pdf (Abfrage 30.8.2016)
- Trucchi, Giorgio, 2012: Honduras: Presidente y diputados son acusados por «ciudades modelo». In: ALAI – América Latina en Movimiento, 12.9. alainet.org/active/57920 (Abfrage 5.10.2016)
- Watson, Vanessa, 2013: African urban fantasies – dreams or nightmares? In: *Environment and Urbanization* 2014, 26(1), 215–231
- Weltbank, 2014: Länderkontext Honduras. www.worldbank.org/en/country/honduras/overview#1 (Abfrage 30.8.2016)
- Zede, 2016: Preguntas frecuentes. zede.gob.hn/preguntas_frecuentes (Abfrage 1.9.2016)
- Zede-Gesetz (Ley Orgánica de las Zonas de Empleo y Desarrollo Económico – Zede), 2013: Dekret Nr. 120. www.tsc.gob.hn/biblioteca/index.php/leyes/503-ley-organica-de-las-zonas-de-empleo-y-desarrollo-economico-zede (Abfrage 5.10.2016)

Interviews

- Interview 1: mit Fredin Funes (Anwalt, Mitglied der Demokratiefordernden Front 263 der Rechtsanwaltskammer, unabhängiger Kandidat zum Kongressabgeordneten für die Wahlen 2013, aktiv im Protest gegen Modellstädte), von Magdalena Heuwieser am 29.1.2013, Tegucigalpa
- Interview 2: mit Bertha Cáceres (Mitbegründerin und langjährige Generalkoordinatorin der indigenen Bewegung Copinh – Ziviler Rat der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras; am 1.3.2016 ermordet), von Magdalena Heuwieser am 3.4.2013, Tegucigalpa



SOLIDARITÄT

*Der türkische Staat
zerstört Städte in
Nordkurdistan ...*

*... unsere Solidarität
gilt den Menschen,
die für partizipative
Demokratie kämpfen,
für Gleichstellung und
für eine solidarische und
ökologische Wirtschaft.*

SOLIFONDS.CH